

„Wir tun für unsere Stadt fast alles“

STADTRAT SPD, Grüne und FDP unterschreiben Koalitionsvertrag. Ampel lädt CDU zur Mitarbeit ein



Bei der Arbeit: (von links) Werner Hümrich, Dorothee Paß-Weingartz und Wilfried Klein unterschreiben den Koalitionsvertrag.
FOTO: BARBARA FROMMANN

Von Lisa Inhoffen

Sie wollen „unaufgeregt“ aber „konzentriert und energisch“ an die Arbeit gehen, die Partner des neuen Ampel-Bündnisses im Stadtrat. Gestern unterschrieben die Vorsitzenden der Fraktionen und Parteien von SPD, Grünen und FDP den – jeweils in rot, grün und gelb gebundenen – Koalitionsvertrag. Er sei eine gute Grundlage für die nächsten drei Jahre bis zur Kommunalwahl, sagte SPD-Fraktionschef Wilfried Klein. Als einen „großen Schritt“ bewertete Grünen-Sprecherin Dorothee Paß-Weingartz das Abkommen und ihr Pendant von der FDP, Werner Hümrich, ist froh, dass der Rat endlich mit einer Stimme spreche. „Wirtum für unsere Stadt fast alles“, rief er frohgemut in die Runde.

Wichtigstes Ziel der drei Partner: die Konsolidierung des städtischen Haushaltes. Ausdrücklich laden sie dazu auch die CDU ein, sie sei, obwohl jetzt Opposition, auf keinen Fall der „erklärte politische Gegner“.

versicherten Klein, Paß-Weingartz und Hümrich. Zumal man den Christdemokraten bereits zugesagt habe, sie bei den personellen Entscheidungen mit ins Boot holen zu wollen. Nichtsdestotrotz konnte sich an dieser Stelle Klein einen Seitenhieb gegen die CDU nicht verkneifen: Diese hatte, wie berichtet, die Absicht der Ampel scharf kritisiert, Stadtbaurat Sigurd Trommer nach Ablauf seiner Wahlzeit im Herbst nicht wiederzuwählen, sondern den Posten mit einem Kandidaten der Grünen zu besetzen. „Die CDU sollte die Kirche im Dorf lassen“, schließlich kenne sie sich mit „Postengrabscherei“ bestens aus, sagte Klein und erinnerte an die Besetzung des Umweltdezernats mit dem CDU-Mann Volker Kregel.

Fest steht, dass es wohl auch innerhalb der Ampel nicht immer friedlich zugehen wird. Deshalb wolle man, ähnlich wie 1994 bei der rot-grünen-Koalition, eine Art Konfliktlösungs-Kommission einrichten.

Siehe Kommentar